S T A D T A H R E N S B U R G - STV-Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2016/120
öffentlich		
Datum 20.10.2016	Aktenzeichen IV.1.1	Federführend: Herr Kewersun

Betreff

Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über das Energiemanagement bei der Stadt Ahrensburg

Beratungsfolge	Datum	Berichterstatter		
Gremium Hauptausschuss Stadtverordnetenversammlung	14.11.2016 21.11.2016			
Finanzielle Auswirkungen:		JA	X	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung:		JA		NEIN
Produktsachkonto:				
Gesamtaufwand/-auszahlungen:				
Folgekosten:				
Bemerkung:				
Berichte gem. § 45 c Ziff. 2 der Gemeindeordnung zur Ausführung der Beschlüsse der Ausschüsse:				
	Statusbericht			
	Abschlussbericht bis			
X	Berichterstattung nicht erforderlich			

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme der Stadt Ahrensburg zu den sie betreffenden Punkten im Bericht des Landesrechnungshofes über das Energiemanagement wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 11.05.2016 hat der Landesrechnungshof Schleswig-Holstein (LRH) über das Ergebnis der Prüfung „Energiemanagement in den Mittelstädten Ahrensburg, Kaltenkirchen, Quickborn und Wedel“ 2015 informiert. Es wurde inzwischen ausführlich in der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 11.07.2016 (vgl. Protokoll Nr. 7/2016; TOP 9) anhand eines auch der Niederschrift beigefügten Vortrages vorgestellt und diskutiert. Der die Stadt Ahrensburg betreffende Auszug des vertraulichen Berichtes wird den Ausschussmitgliedern auf deren Wunsch hin durch die Stabsstellen (St 3, Gremien) zur Verfügung gestellt.

Der LRH hat zu den Anregungen und Beanstandungen, die speziell Ahrensburg betreffen, Berichte und Stellungnahmen erbeten, die dort nach Gewährung einer Fristverlängerung bis spätestens 01.12.2016 eingehen soll.

Da es sich um eine Rechnungsprüfungsangelegenheit handelt, sollte sich gemäß § 7 Abs. 2 Hauptsatzung der hierfür zuständige Hauptausschuss abschließend mit diesem Thema befassen.

Die Berichte und Stellungnahmen wurden in den hier insbesondere betroffenen Fachdiensten IV.4 *Zentrale Gebäudewirtschaft* (ZGW) wegen Gebäuden und IV.3 *Straßenwesen* wegen Lichtsignalanlagen und Straßenbeleuchtung entworfen und lauten zusammenfassend wie folgt:

Punkt 3.3.2 /1: Der LRH erbittet einen Bericht, welche organisatorischen Maßnahmen umgesetzt wurden und welche Datenbestände hinsichtlich der Erfassung und Fortschreibung aller Liegenschafts-, Vermögens- und Energiedaten bis Jahresende 2016 vorliegen.

Stellungnahme/Bericht:

Die Verbräuche und Kosten für alle städtischen, selbst genutzten Liegenschaften bis 2015 werden vom Fachdienst IV. 4 ZGW bis Ende 2016 erfasst und künftig regelmäßig fortgeschrieben. Eine zeitnahe, mindestens monatliche Auswertung, evtl. auch nach Bauteilen und Nutzungseinheiten, bleibt einem Energiemanager vorbehalten.

Punkt. 3.3.2 /2: Der LRH erbittet einen Bericht zum Jahresende 2016, wie die Bauunterhaltung zukünftig organisiert und durchgeführt werden soll.

Stellungnahme/Bericht:

Die Ermittlung und jährliche Fortschreibung der Wiederbeschaffungswerte aller städtischen Gebäude soll auf Grundlage der Anschaffungs- und Herstellungswerte erfolgen. Eine Ermittlung der Bauunterhaltungsmittel in Höhe der empfohlenen 1,2 % vom Wiederbeschaffungswert bedeutet eine starke Erhöhung des heutigen Mittelansatzes, steht insofern unter dem Haushaltsvorbehalt und kann sinnvoll nur bei Besetzung aller zusätzlich eingeworbenen Planstellen umgesetzt werden.

Die Stellen für den Hausmeister und den Techniker für die Bauunterhaltung der städtischen Unterkünfte und Wohnungen sind zunächst befristet auf 3 Jahre geschaffen worden.

Punkt 3.3.6: Der LRH bittet um Stellungnahme zum vorgeschlagenen Verfahren, auf Basis der Bestandsaufnahme aller gebäudetechnischen Daten die Wartungsverträge möglichst umgehend auszuschreiben.

Stellungnahme/Bericht:

Neue Gebäude werden immer nach dem aktuellen Stand der Technik geplant. Aus Gewährleistungsgründen können für die neuen Objekte zunächst keine Wartungsverträge ausgeschrieben werden. Erst nach Ablauf der Gewährleistungszeit werden diese Objekte mit in die Liste der auszuschreibenden Wartungsarbeiten aufgenommen. Eine sinnvolle Bündelung der Wartungsverträge wird auch in Zukunft angestrebt.

Punkt 3.4.5 / 1: Der LRH empfiehlt den Aufbau eines Energiemanagements sowie die laufende Erfassung und Bewertung der Energiedaten. Er bittet um Stellungnahme, wie und in welchem Zeit- und Kostenrahmen die Vorschläge umgesetzt werden sollen.

Stellungnahme/Bericht:

Der Aufbau eines umfassenden Energiemanagements, in dem Liegenschaftsdaten, Zählerstrukturen und Vertragsdaten zusammengeführt und überwacht sowie Energiebedarfe nutzungsbezogen ausgewertet werden, setzt die Schaffung einer entsprechenden Planstelle und den Aufbau einer passenden Software voraus. Ob die Voraussetzungen geschaffen werden können, wird sich in den anstehenden Haushaltsberatungen über den Stellenplan 2017 zeigen, auf die Vorlagen Nrn. 2016/103 und 2016/121 sei verwiesen.

Punkt 3.4.5 / 2: Der LRH bittet um Stellungnahme zur Einführung eines analysierenden Energieberichts als jährlich verbindliche Handlungsempfehlung und zur Frage, wie dessen Ergebnisse umgesetzt werden sollen.

Stellungnahme/Bericht:

Bis Ende 2017 wird vom FD IV.4 ZGW ein Energiebericht auf Basis aller Daten aus den Jahren 2013 bis 2016 erstellt. Danach soll der Rhythmus wieder aufgenommen werden, dass Mitte eines jeden Jahres der Energiebericht des Vorjahres den städtischen Gremien vorgelegt wird (Mitte 2018 der Energiebericht des Jahres 2017 usw.). Die Energieberichte werden auch Handlungsempfehlungen umfassen.

Punkt 3.5.6 / 1 und 2: Der LRH empfiehlt, das Vertragscontrolling zu etablieren, alle Energielieferungen dem Wettbewerb zu unterstellen sowie den Anlagenbetrieb zu optimieren und bittet, hierüber zu berichten.

Stellungnahme/Bericht:

Die Lieferung elektrischer Arbeit für alle Liegenschaften, die Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen wurde Mitte 2016 neu ausgeschrieben. Das Ergebnis für die Jahre 2018 und 2019 bedeutet, dass der Strompreis geringfügig sinkt.

Der für die Straßenbeleuchtung sowie für die Lichtsignalanlagen zuständige FD IV.3 *Straßenwesen* rechnet die Energielieferungen auf Grundlage des Konzessionsvertrages aus 1997 nach dem Sondervertrag vom 10.12.1998 ab. Die diversen Zähler werden jährlich abgelesen, erfasst und ausgewertet, die Anlagen mit den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln erneuert. Hierbei wird bei der Beleuchtung neueste LED-Technik eingesetzt, die den Energieverbrauch sinken lässt.

Bei der Umrüstung einer Anlage auf LED-Technik kann ein deutlich geringerer Energiebedarf festgestellt werden.

Punkt 3.5.6 / 3: Der LRH bittet, in Bezug auf die Fernwärmeversorgung zu berichten, welche Maßnahmen zur Überprüfung der Vertragsgestaltung, Kostenstruktur und ggf. Versorgungsart ergriffen wurden.

Stellungnahme/Bericht:

Mittlerweile werden folgende 3 selbst genutzte Liegenschaften mit Fernwärme neu versorgt: Marstall, Rettungszentrum Am Weinberg und die Notunterkunft Ahrensburger Kamp. Die Prüfung einer anderen Versorgungsart erübrigte sich wegen des dort geltenden Anschluss- und Benutzungszwanges.

Darüber hinaus werden fremd genutzte Liegenschaften an die Fernwärme angeschlossen, nämlich Kita Gartenholz, Kita Zauberredder und das Kinderhaus Gartenholz.

Punkt 3.5.6. / 4: Der LRH bittet um Bericht, welche Maßnahmen im Rahmen der Ausgestaltung des Rahmenvertrages zur Erdgaslieferung bzw. zur Neuausschreibung eingeleitet wurden.

Stellungnahme/Bericht:

Nachdem der Rahmenvertrag im Vorwege erfolgreich nachverhandelt werden konnte, wurde die Erdgaslieferung unter Hinzuziehung eines Dienstleisters im Laufe des Jahres 2015 europaweit ausgeschrieben. Im Ergebnis konnten die Kosten für die Jahre 2016 und 2017 spürbar gesenkt werden, insbesondere der Arbeitspreis. Der Lieferzeitraum ab 2018 soll im nächsten Jahr erneut ausgeschrieben werden.

Punkt 3.5.6 / 5: Der LRH empfiehlt die Ausschreibung und Neuvergabe von Energielieferungen für Erdgas und Fernwärme, auch unter Mitwirkung von Dienstleistern und bittet, über eingeleitete Maßnahmen zu berichten.

Stellungnahme/Bericht:

Die Ausschreibung für Erdgas wurde im Jahr 2015 bereits über den Dienstleister KUBUS durchgeführt und führte zu einem Liefervertrag mit einer 2-jährigen Laufzeit.

Punkt 3.6.4 / 1: Der LRH bittet um Bericht, wann eine differenzierte Erfassung und Auswertung der Daten im monatlichen Turnus erfolgt.

Stellungnahme/Bericht:

Auf die Stellungnahme zu Punkt 3.3.2 wird verwiesen.

Punkt 3.6.4 / 2: Der LRH bittet um Bericht, welche Maßnahmen zur Begrenzung des Wärmebedarfs in Kindertagesstätten getroffen wurden.

Stellungnahme/Bericht:

Es sollen Schulungen der KiTa-Leitungen und des Personals anlaufen. Die detaillierte Ursachenforschung wird Aufgabe des künftigen Energiemanagers sein.

Punkt 3.6.4 / 3: Der LRH bittet um Bericht, ab wann ein Monitoring zur Erfassung und Auswertung der Elektrobedarfs im monatlichen Turnus aufgebaut wird.

Stellungnahme/Bericht:

Auf die Stellungnahme zu Punkt 3.3.2 wird verwiesen.

Punkt 3.6.4 / 4: Der LRH bittet um Bericht, welche Maßnahmen eingeleitet werden, um auffällige Wasserbedarfe zeitnah festzustellen.

Stellungnahme/Bericht:

Die Wasserkosten gliedern sich auf in den Trinkwasserpreis von 2,34 €/m³ und die Schmutzwassergebühr von 1,60 €/m³. Die Gesamtrechnung wird zwar von HamburgWasser ausgestellt, der Gebührenanteil aber an die Stadtbetriebe Ahrensburg weiterleitet.

Die unterjährige Überwachung der Wasserverbräuche wird Aufgabe des Energiemanagers (vgl. Stellungnahme zu Punkt 3.3.2).

Punkt 3.6.4 / 5: Der LRH bittet um Mitteilung, welche Maßnahmen zur Reduzierung der Energieverbräuche in der Liegenschaft SLG eingeleitet werden.

Stellungnahme/Bericht:

Auch diese Überprüfung soll Aufgabe des künftigen Energiemanagers sein.

In der SLG ist der Veranstaltungsraum Alfred-Rust-Saal gelegen, an dem zahlreiche Theateraufführungen im Jahr dargeboten werden. Die durch die Theateraufführungen verbundenen Kosten für Wärme, Strom und Wasser fließen mit in die Verbrauchskosten der SLG. Am Jahresende werden angenommene 17 % der Jahreskosten pauschal vom PSK Alfred-Rust-Saal an die entsprechenden PSK der SLG erstattet.

Punkt 3.7.1: Der LRH bittet um Bericht, ob ein Grundsatzbeschluss zur Erneuerungsstrategie aller LSA geplant ist und in welchen Jahren mit der Umsetzung zu rechnen sein wird.

Punkt 3.7.2: Der LRH bittet um Stellungnahme, wann die Ausschreibung der Betriebsführung für LSA geplant ist.

Stellungnahme/Bericht:

Der Bau- und Planungsausschuss wurde am 01.06.2016 über die Vorlagen-Nr. 2016/054 unter anderem über den Zustand und den Energiebedarf der Lichtsignalanlagen in Kenntnis gesetzt.

Die Ausschreibung der Betriebsführung für die Lichtsignalanlagen ist für das Jahr 2018 geplant.

Die Lichtsignalanlagen sind in einer Datenbank erfasst und ausgewertet worden, sodass nach einem Punktesystem eine Prioritätenliste erstellt werden konnte (vgl. Anlage 3 der erwähnten Vorlage). Erneuerungen von Lichtsignalanlagen sind für den Haushalt und die Investitionsplanung angemeldet.

Punkt 3.8.2/1: Der LRH empfiehlt, eine strategische Erneuerungsplanung mit einem mehrjährigen Sanierungsfahrplan beschließen zu lassen und bittet um Stellungnahme, wie vorgefahren werden soll.

Punkt 3.8.2/2: Der LRH empfiehlt, die Betriebsführung für die Straßenbeleuchtung zu beschreiben und öffentlich auszuschreiben; er bittet um Stellungnahme zum vorgeschlagenen Verfahren und Zeitplan.

Stellungnahme/Bericht:

Die der Vorlagen-Nr. 2016/054 in deren Anlage 4 zu entnehmenden Prioritätenliste für die notwendigen Erneuerungen der Straßenlaternen wurde zwar nicht beschlossen, soll aber als Grundlage für die Mittelbereitstellung in den Haushalten dienen. Für die nächsten Jahre sind Straßen dieser Liste im Haushalt und der Investitionsplanung angemeldet.

Zur Notwendigkeit des Austauschs der Quecksilberdampfleuchten (HQL-Leuchten) wurde der Politik in den letzten Jahren mehrfach berichtet. Mit den zur Verfügung stehenden Geldern werden HQL-Leuchten ausgetauscht. Durch die hohen Mastabstände bzw. durch das teilweise veraltete Netz können hier jedoch nicht nur die Köpfe gewechselt werden, sondern darüber hinaus Kabel und Mast getauscht werden, was zu einem Anstieg der benötigten finanziellen Mittel führt.

Michael Sarach
Bürgermeister